

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

07. April 2014

Afghanistan

Wahlen

Am 05.04.14 wurden ein Nachfolger für Staatspräsident Karzai und Provinzräte gewählt. Ersten Berichten zufolge war die Wahlbeteiligung unerwartet hoch. Erste Teilergebnisse werden Mitte der Woche erwartet. Ein amtliches Endergebnis soll es am 14.05.14 geben. Sollte kein Bewerber für das Präsidentenamt eine absolute Mehrheit erhalten, ist für den 28.05.14 eine Stichwahl vorgesehen.

Bei den Wahlen gab es trotz zahlreicher Drohungen der Taliban nur vereinzelte Zwischenfälle. So kam bei Bombenanschlägen in der Provinz Badghis ein Wähler um, in Logar erlitten zwei Wähler Verletzungen. In Parwan und Wardak wurden Wahlzentren mit Maschinengewehren und Raketen beschossen und in Kunduz vier Wähler verletzt. Ebenfalls in Kunduz zerstörte eine Sprengfalle einen LKW mit Wahlurnen. Dabei starben drei Menschen.

Die Wahlzentren wurden durch Militär und Polizei stark abgesichert. Aufgrund der Sicherheitslage blieben am Wahltag 211 Wahlzentren geschlossen – 748 waren schon zuvor für geschlossen erklärt worden. Insgesamt 6.212 Wahlzentren waren geöffnet.

Deutsche Fotografin getötet

Am 04.04.14 wurde eine deutsche Fotografin in der ostafghanischen Provinz Khost von einem Polizisten erschossen. Eine weitere Journalistin aus Kanada erlitt schwere Verletzungen. Der Täter habe Luftangriffe der NATO auf sein Dorf rächen wollen, so ein Sprecher der Polizei. In der Vergangenheit gab es mehrere sog. Insider-Attacken, bei denen afghanische Polizisten oder Soldaten Ausländer angriffen.

Pakistan

Todesurteile gegen Christen

In der vergangenen Woche verurteilte ein Gericht in der Provinz Punjab ein christliches Ehepaar wegen Beleidigungen des Propheten Mohammed zum Tode. Der Ehemann soll gotteslästerliche Nachrichten von dem auf seine Frau registrierten Mobiltelefon an einen Imam gesendet haben. Zehn Tage zuvor verurteilte ein Gericht in Lahore einen anderen Christen zum Tode, weil er angeblich den Propheten im betrunkenen Zustand während eines Streits mit einem muslimischen Freund beleidigt habe. Auf den Religionsgesetzen basierende Todesurteile werden in erster Instanz oft verhängt. Diese Urteile wurden noch nie vollstreckt, jedoch werden die Beschuldigten oft Opfer von Lynchjustiz.

Irak

Sicherheitslage

Nach wie vor kommt es täglich zu Anschlägen. Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im März 1.009 Zivilpersonen getötet.

Nach der Zählung der Nachrichtenagentur AFP starben im März 512 Menschen, davon 86 Polizisten, 62 Soldaten, neun Mitglieder der Sahwa und 22 Extremisten. Verletzt wurden insgesamt 1.237 Menschen, davon 86 Polizisten, 65 Soldaten und neun Mitglieder der Sahwa.

Nach UN-Angaben wurden im März 592 Iraker getötet (davon 484 Zivilpersonen) und 1.234 verletzt (davon 1.104 Zivilisten). Weiterhin wurden 108 irakische Sicherheitskräfte getötet und 130 verletzt. Die am stärksten betroffene Provinz war Bagdad, gefolgt von Salahaddin, Babil, Ninive und Diyala. Nicht enthalten sind die Opferzahlen aus der Provinz Anbar.

Irakische Sicherheitskräfte haben eigenen Angaben zufolge am 03.04.14 mehr als 40 Aufständische bei Kämpfen mit der Terrorgruppe Islamischer Staat in Irak und der Levante (ISIL) in Yousifya, südwestlich von Bagdad, getötet. Ein Armeeeoffizier sei ebenfalls ums Leben gekommen.

UN-Angaben zufolge bleibt die Situation in der Provinz Anbar unverändert. Der Konflikt zwischen den Armed Opposition Groups (AOGs) und den irakischen Sicherheitskräften (ISF) greift weiterhin auf andere Provinzen über. So wird von Angriffen in der Provinz Salahaddin und in der Provinz Diyala berichtet. Lt. Pressemeldung soll der ISIL die Aktivitäten auch auf Gebiete um Bagdad ausgeweitet haben. Ebenso sollen Städte im Osten und Norden der Provinz Babil betroffen sein.

Impfung gegen Kinderlähmung

Laut dpa-Meldung haben die Vereinten Nationen am 06.04.14 eine Impfkampagne gegen Kinderlähmung gestartet. In fünf Tagen sollen mehr als 20 Millionen Kinder in Syrien, Ägypten und in Irak geimpft werden.

Türkei

Internet-Sperren

Das türkische Verfassungsgericht erklärte am 02.04.14 die von der Regierung verhängte Sperrung des Kurznachrichtendienstes Twitter für illegal, da das Verbot gegen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verstoße. Am 03.04.14 setzte die türkische Regulierungsbehörde TIB das Urteil um. Ministerpräsident Erdogan zeigte sich unzufrieden mit dem Urteil des Verfassungsgerichts und erklärte: „Wir sind der Entscheidung nachgekommen, aber ich respektiere sie nicht.“

Das seit dem 27.03.14 gesperrte Videoportal YouTube bleibt bis auf weiteres unzugänglich. Ein Gericht in Ankara hob das Verbot vergangene Woche zunächst auf, entschied jedoch nach Berichten der Zeitung „Hürriyet“ am 04.04.13 nach einem Widerspruch der Staatsanwaltschaft, dass vor einer Freischaltung zunächst 15 umstrittene Einträge gelöscht werden müssten.

Syrien

Mehr als 150.000 Tote bisher im Bürgerkrieg

Die in London ansässige Organisation Syrischer Menschenrechtsbeobachter meldete am 01.04.14, dass im Bürgerkrieg bisher mehr als 150.000 Menschen getötet wurden. Die Angaben sind von unabhängiger Seite schwer zu überprüfen.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Freilassung palästinensischer Häftlinge nach diplomatischer Offensive der Palästinenser fraglich

Nach Angaben eines mit den Nahostfriedensgesprächen Vertrauten will die israelische Regierung die geplante Freilassung von 26 palästinensischen Häftlingen zunächst nicht umsetzen. So habe die Justizministerin Tzipi Livni ihren palästinensischen Gesprächspartnern am 03.04.14 mitgeteilt, dass keine Freilassung erfolgen könne. Die israelische Seite zeigt sich demnach verärgert darüber, dass die Palästinenser ihre Bemühungen wieder aufnehmen, internationalen Organisationen und Verträgen beizutreten. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu drohte in einer ersten offiziellen Reaktion mit Gegenmaßnahmen.

Die Freilassung palästinensischer Langzeitgefangener gehört zu einem Maßnahmenpaket, mit dem die Nahostfriedensverhandlungen vorangebracht werden sollten. Seit der Wiederaufnahme der Gespräche hat Israel in drei Schritten 78 palästinensische Langzeithäftlinge entlassen. Die Freilassung der letzten 26 Gefangenen sollte bis Ende März erfolgen. Nachdem die israelische Regierung am 29.03.14 die Häftlinge nicht freigelas-

sen und am 01.04.14 neue Siedlungsbauten im besetzten Ost-Jerusalem ausgeschrieben hatte, entschied sich der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas dazu, Beitrittsdokumente zu 15 internationalen Vereinbarungen und Konventionen zu unterzeichnen und damit verstärkt nach internationaler Anerkennung zu suchen.

Jemen/Iran

Präsident beklagt Einmischung Irans

Der jemenitische Präsident, Abed Rabbo Mansour Hadi, hat Iran beschuldigt, bewaffnete Gruppen in deren Kampf gegen die Zentralregierung zu unterstützen. Dies sagte Hadi in einem Interview, das die arabische Tageszeitung „Al-Hayat“ („Das Leben“: panarabisch und westlich orientiert) am 31.03.14 veröffentlichte. Iran würde sowohl den Separatisten im Süden als auch der schiitischen Zaiditengruppe al-Houthi im Norden Hilfe leisten. Mehrfache Aufforderungen, diese „falsche Politik“ zu ändern, hätten bei der iranischen Führung nichts bewirkt, so Hadi weiter. Jemen wolle im Umgang mit Teheran zu keiner Eskalation beitragen, erwarte aber, dass Iran sich aus der Innenpolitik des Landes heraushalte. Der ärmste Staat der arabischen Halbinsel gilt nicht zuletzt aufgrund von Revolten, bewaffneten Aufständen und Bandenunwesen als sehr instabil. Die Houthi-Rebellen in der Provinz Saada hatten zuletzt Gebiete in der Provinz Amran unter ihre Kontrolle gebracht.

Tote bei Angriff auf ein Armeehauptquartier

Bei einem Anschlag auf das Militärhauptquartier in der Hafenstadt Aden im Stadtviertel Tawahi sind nach Angaben eines Militärvertreters am 02.04.14 mindestens 20 Menschen getötet worden. Nach Einschätzung eines Sicherheitsbeamten steht hinter der Tat das Terrornetzwerk „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAP). Über die Zahl der Angreifer herrscht Unklarheit. Nach Armeeangaben wurden Soldaten zur Verstärkung in das Stadtviertel geschickt. Ein Armeevertreter sagte gegenüber der AFP, die Kämpfe hätten sich über mehrere Stunden hingezogen. Inzwischen sei die Lage wieder unter Kontrolle.

Jordanien

Verletzte bei Ausschreitungen in Flüchtlingslager

Am 05.04.14 wurden nach Pressemeldungen bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Bewohnern des jordanischen Flüchtlingslagers Saatari (nahe der Grenze zu Syrien) mindestens 25 Menschen verletzt. Dabei soll es sich um 22 Polizisten und drei syrische Flüchtlinge handeln. Es sei zu einem Aufstand gekommen, als Polizisten eine Gruppe von Bewohnern am Verlassen des Lagers gehindert hätten.

Ägypten

Tote bei Explosionen in Kairo

Bei drei Bombenanschlägen vor der Universität von Kairo kamen am 02.04.14 zwei Menschen ums Leben, darunter ein Brigadegeneral der Polizei. Nach Angaben des Innenministeriums wurden zudem mehrere Polizeioffiziere verletzt. An der Universität gab es in den vergangenen Tagen mehrfach Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und oppositionellen Studenten. Seit dem Sturz von Präsident Mursi ist die Zahl der Anschläge auf Sicherheitskräfte stark angestiegen.

Prozess gegen Bruder von al-Swahiri

Mohammed al-Swahiri, der Bruder von Aiman al-Swahiri, dem Führer der al-Qaida, wird vor Gericht gestellt. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm und 67 Mitangeklagten die Bildung einer mit al-Qaida verbundenen terroristischen Vereinigung vor. Mohammed al-Swahiri war bereits im August 2013 verhaftet worden. Damals hatte man ihm vorgeworfen, Mohammed Mursi unterstützt zu haben.

Zahlreiche Tote bei Stammeskämpfen

Seit dem 04.04.14 kamen bei Kämpfen zwischen Angehörigen eines arabischen und eines nubischen Stammes in der südägyptischen Stadt Assuan 28 Menschen ums Leben, mehr als 50 wurden verletzt. Auslöser des

Konflikts sollen Beleidigungen gewesen sein. Ein Vermittlungsversuch von Regierungsvertretern am 05.04.14 führte zu einer Feuerpause. Am 06.04.14 flammten die Auseinandersetzungen erneut auf. Im Süden Ägyptens kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen, die in der Regel durch die Vermittlung örtlicher Regierungsvertreter geschlichtet werden.

Nigeria

Viele Tote bei Angriff von Fulani-Hirten in Zamfara

Bei einem Angriff am 05.04.14 auf eine Versammlung von Gemeindevorstehern und Vertretern von Selbstverteidigungsmilizen aus den Bundesstaaten Zamfara, Kebbi, Kaduna und Katsina im Dorf Yar Galadima (nordwestlicher Bundesstaat Zamfara) sind nach offiziellen Angaben 79 Menschen getötet worden. In nigerianischen Pressemeldungen vom 07.04.14 wird die Zahl der Todesopfer auch mit 200 bzw. mit bis zu 250 angegeben. Bei dem Treffen sollte über Strategien im Kampf gegen bewaffnete Räuber und Viehdiebe beraten werden. Die Behörden machten Viehhirten der Fulani-Volksgruppe für den Angriff verantwortlich. Hintergrund des Überfalls ist ein seit Jahren in Zentralnigeria schwelender Konflikt zwischen nomadisierenden Hirten der meist muslimischen Fulani einerseits und sesshaften, teilweise christlichen Bauern andererseits. Die Fulani beklagen, dass ihnen zunehmend das Weideland für ihre Herden von den Bauern streitig gemacht werde.

Amnesty International: Schwere Menschenrechtsverletzungen im Boko-Haram-Konflikt

Laut einem am 31.03.14 veröffentlichten Bericht von amnesty international (ai) starben in den ersten drei Monaten 2014 mehr als 1.500 Menschen im Rahmen des Boko-Haram-Konflikts in Nordostnigeria. Mindestens die Hälfte davon waren Zivilisten, die bei Angriffen durch die Boko Haram getötet wurden. Besonders wird auf das Geschehen am 14.03.14 eingegangen, als Boko Haram die Giwa-Kaserne in Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) angriff und über 1.000 inhaftierte mutmaßliche Mitglieder und Sympathisanten der Boko Haram befreite. Eigene Ermittlungen von ai, u.a. mittels Befragungen von Einwohnern und Krankenhausmitarbeitern in Maiduguri, belegten, dass an diesem Tag über 600 Menschen, die meisten davon befreite Gefangene, von den Sicherheitskräften an verschiedenen Stellen in Maiduguri extralegal hingerichtet wurden. Dies seien Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen gewesen.

Selbstmordattentat der Boko Haram bei Maiduguri

Laut Angaben des Militärs haben am 01.04.14 gegen 14 Uhr mutmaßliche Angehörige der islamistischen Organisation Boko Haram versucht, in Mulai, einem Vorort der Stadt Maiduguri, vier mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge in eine Tankstelle zu fahren. Drei der Fahrzeuge seien bei einer nahen Kontrollstelle des Militärs durch Schüsse der Soldaten an der Weiterfahrt gehindert worden, während im vierten Auto der Sprengstoff von einem der Attentäter gezündet wurde. Bei dem Anschlag wurden 15 Zivilisten sowie sechs Terroristen getötet. Ein Attentäter wurde festgenommen.

Kamerun

Priester und Nonne entführt

In der Nacht zum 05.04.14 wurden in der Gegend von Maroua (Norden) zwei italienische Priester und eine kanadische Nonne aus ihrem Haus entführt. Über die Täter herrscht Unklarheit.

Uganda

Hilfsorganisation für HIV-Infizierte durchsucht

Wohl auf der Grundlage des im Februar von Präsident Yoweri Museveni unterzeichneten Gesetzes gegen Homosexualität durchsuchte die Polizei am 03.04.14 die Räume des Walter Reed Project (US-finanzierte Klinik und Forschungseinrichtung) in Kampala. Ein Mann wurde vorübergehend festgenommen. Der Organisation wurde u.a die „Rekrutierung Homosexueller“ vorgeworfen.

Menschenrechtsaktivisten beantragten am 01.04.14 beim Verfassungsgericht die Überprüfung des Gesetzes gegen Homosexualität.

Kenia

Radikaler muslimischer Geistlicher getötet

Am 01.04.14 wurde der radikale muslimische Geistliche Abubaker Shariff Ahmed, auch bekannt unter dem Namen Makaburi, von Unbekannten in Mombasa auf offener Straße erschossen. Ein Begleiter wurde ebenfalls getötet. Makaburi war als Unterstützer Osama bin Ladens und der somalischen Miliz al-Shabaab bekannt.

Makaburi ist der dritte radikale muslimische Geistliche, der seit 2012 von Unbekannten getötet wurde. Er predigte an der Masjid-Musa-Moschee (jüngst umbenannt in Masjid Shuhadaa) und war Nachfolger des im Oktober 2013 ermordeten Ibrahim Ismail. Letzterer war der Nachfolger von Aboud Rogo Mohammed, der im August 2012 ermordet worden war (vgl. BN v. 07.10.13). Unterstützer machen die Regierung für die Morde verantwortlich.

Zahlreiche Festnahmen nach Anschlägen

Drei Explosionen töteten am 31.03.14 sechs Menschen in Nairobis Viertel Eastleigh. Nach den von Unbekannten verübten, der al-Shabaab zugeschriebenen Anschlägen nahm die Polizei in dem von vielen Somali bewohnten Stadtteil bislang mehr als 1.000 Personen teils vorübergehend fest.

Mali

Neuer Ministerpräsident

Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Oumar Tatam Ly und seines Kabinetts hat Präsident Ibrahim Boubacar Keita den ehemaligen Minister für Stadtplanung Moussa Mara zum Ministerpräsidenten ernannt und beauftragt, ein Kabinett zu bilden. Über die Gründe des Rücktritts von Oumar Tatam Ly ist noch nichts bekannt geworden.

Albanien

Fortschritte auf dem Weg in die EU

Anlässlich des Besuches des albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama in Deutschland sprach Bundeskanzlerin Merkel von Fortschritten Albaniens auf dem Weg in die EU. Sie mahnte aber weitere Erfolge beim Kampf gegen Korruption und beim Aufbau einer unabhängigen Justiz an. Die Entscheidung über die Verleihung eines EU-Beitrittskandidatenstatus soll beim EU-Gipfel im Juni 2014 fallen.

Hintergrund

In Anerkennung der Reformen hat die EU-Kommission im Oktober 2012 erstmals die Verleihung des Status eines EU-Beitrittskandidaten empfohlen. Im Oktober 2013 wurde diese Empfehlung wiederholt. Laut dem Fortschrittsbericht habe Albanien gute Fortschritte bei der Erfüllung der politischen Beitrittskriterien erzielt und eine Reihe von Reformen durchgeführt.

Trotz vieler Fortschritte zählt der landwirtschaftlich geprägte Staat im europäischen Vergleich nach wie vor zu den ärmsten Ländern. Die Arbeitslosenrate liegt offiziell bei 16,9 Prozent. Die tatsächliche Quote wird von Fachleuten wesentlich höher geschätzt. Der Durchschnittslohn liegt bei 323 Euro. Demzufolge ist auch das Migrationspotenzial weiterhin hoch. Seit dem Wegfall der Visapflicht 2010 und der Wirtschaftskrise in Europa steigt auch die Zahl der albanischen Asylantragsteller in Europa wieder an.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Tote bei Anschlag in Tschetschenien

Vier russische Soldaten sind am 03.04.14 bei einem Bombenanschlag in der nordkaukasischen Teilrepublik Tschetschenien ums Leben gekommen, sieben wurden verletzt, wie das Innenministerium in Moskau mitteilte. Die Angehörigen einer Pioniereinheit waren mit einem Schützenpanzer unterwegs, der im Raum Atschchoj-Martan über einen getarnten Sprengsatz rollte.

Ukraine

Pro-russische Proteste in der Ost-Ukraine

Sieben Wochen vor der geplanten Präsidentenwahl am 25.05.14 ist es im Osten des Landes einmal mehr zu massiven Ausschreitungen gekommen. Trotz starker Polizeiaufgebote besetzten am 06.04.14 pro-russische Aktivisten die Gebietsverwaltungen der Millionenstädte Charkiw und Donezk und hissten auf den Dächern die russische Fahne. Die Angreifer forderten Referenden über eine Abspaltung von der Ukraine nach dem international nicht anerkannten Vorbild der Schwarzmeer-Halbinsel Krim. Nach Angaben der Zentralregierung handelte es sich bei einem Großteil der Besetzer um Provokateure aus dem nahen Russland.

In Donezk warfen die Demonstranten im Anschluss an eine friedliche Kundgebung zunächst Fenster der Gebietsverwaltung ein. Es kam zu einem Handgemenge mit Milizionären. Vor dem Verwaltungsgebäude Versammelte kündigten an, eine eigene Gebietsversammlung zu gründen. Bereits Anfang März 2014 hatten moskautreue Kräfte die Gebietsverwaltung kurzzeitig unter ihre Kontrolle gebracht.

In Charkiw zogen etwa 1.500 pro-russische Aktivisten im Anschluss an eine friedliche Kundgebung vor die Gebietsverwaltung. Binnen weniger Minuten sollen Hunderte in das Gebäude eingedrungen sein. Mehrere Polizisten sollen sich auf die Seite der Demonstranten geschlagen haben. Die Menge auf der Straße jubelte den Angreifern mit „Russland“-Sprechchören zu. Dutzende moskautreue Protestierer bewarfen einige Anhänger der Zentralregierung mit Steinen und Feuerwerkskörpern.

Geheimdienstzentrale in Lugansk besetzt

Auch in der Stadt Lugansk nahe der Grenze zu Russland kam es am 06.04.14 zu Ausschreitungen. Demonstranten besetzten vorübergehend die Vertretung des ukrainischen Geheimdienstes SBU. Die Angreifer schlugen die Tür ein und warfen Ziegelsteine sowie Rauchbomben. Dabei wurden zwei Menschen verletzt. Die Angreifer sollen sich auch Zugang zu Waffen verschafft haben. Nach Verhandlungen ließen die Behörden sechs moskautreue Aktivisten frei. Der SBU hatte am Vortag die Festnahme von 15 Männern in dem Gebiet bekanntgegeben, die mit Waffengewalt staatliche Gebäude hätten besetzen wollen.

Indien

Parlamentswahlen begannen am 07.04.14

Rund 820 Millionen Wahlberechtigte sind aufgerufen, ihr Votum abzugeben. Aus logistischen Gründen werden die 543 Abgeordneten der Lok Sabha (Unterhaus) an neun Tagen gewählt. Nach Angaben der Wahlkommission ist am 16.05.14 mit dem Ergebnis zu rechnen. Bereits sicher ist, dass es einen neuen Premierminister geben wird. Manmohan Singh von der Kongresspartei tritt nach zwei Amtszeiten nicht erneut an. Unter dem 81-Jährigen erlebte Indien ein rasantes Wirtschaftswachstum, das sich allerdings in letzter Zeit stark abgeschwächt hat. In Umfragen liegt die Kongresspartei mit ihrem Spitzenkandidaten Rahul Gandhi, Sohn des 1991 ermordeten Premierministers Rajiv Gandhi, deutlich hinter der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP), die mit Narendra Modi als Spitzenkandidat ins Rennen geht. Es wird erwartet, dass der 63-Jährige die BJP nach zehn Jahren zurück an die Regierung führen und der zweite BJP-Premier wird.

Die BJP hat ihre Anhänger in den Ober- und Unterschichten, traditionell vor allem in der Kaste der Händler, aber auch bei den Brahmanen und Kshatriyas, den oberen beiden Kasten. Modi wird zugetraut, dass er die Wirtschaft wieder in Gang bekommt und die ausufernde Inflation eindämmt. Allerdings ist Modi, der den westlichen Unionsstaat Gujarat seit 2001 regiert, umstritten. Sein Regierungsstil wird von Kritikern als „totalitär“ bezeichnet. Unvergessen ist, dass Modi 2002 in Gujarat keine Maßnahmen ergriffen hatte, als bei religiösen Unruhen über 900 Menschen, überwiegend Muslime, zu Tode kamen.

Es gilt deshalb als unwahrscheinlich, dass die BJP die absolute Mehrheit erringen wird.

Gravierende soziale Probleme

Die neue Regierung steht vor großen Aufgaben. Wichtigstes außenpolitisches Thema ist das Verhältnis zum Erzfeind Pakistan. Es wird befürchtet, dass nach einem Sieg von Modis BJP-Nationalisten die Spannungen zwischen beiden Atommächten wieder steigen.

Zudem steht die soziale Frage im Brennpunkt. Ein Großteil der Bevölkerung profitiert noch immer nicht von den ökonomischen Erfolgen der vergangenen Jahre. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in Singhs Regierungszeit noch größer geworden. Frauen sind nach wie vor benachteiligt. Vergewaltigungen von Frauen stehen zwar derzeit im Fokus, allerdings ist das Problem trotz schärferer Gesetze noch längst nicht gelöst.